

Stand: 17.04.2024 01:35:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/15717

"Entwurf des Landesentwicklungsprogramms (LEP-E) zurückziehen und kompletten Neuentwurf vorlegen"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/15717 vom 21.02.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17168 des WI vom 06.06.2013
3. Beschluss des Plenums 16/17426 vom 20.06.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 20.06.2013

Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos, Reinhold Perlak, Markus Rinderspacher SPD**

Entwurf des Landesentwicklungsprogramms (LEP-E) zurückziehen und kompletten Neuentwurf vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Entwurf des Landesentwicklungsprogramms (LEP-E) (Drs. 16/15555) komplett zurückzuziehen und nach einem umfassenden und zeitlich ausreichenden Beteiligungsprozess der Öffentlichkeit und der Träger der betroffenen Belange einen Neuentwurf vorzulegen, der folgende Vorgaben berücksichtigt:

1. Oberste Prämisse muss für das LEP die optimale Zweckerfüllung und nicht die größtmögliche Verschlan-
kung sein.
2. Der Staat nimmt seine räumliche Steuerungs- und Gestaltungsaufgabe an und setzt an die Stelle von unverbindlicher, appellativer Prosa klare Zielvorgaben, die auch als Ziele (Z) und damit verbindlich für die nachgeordneten Ebenen gekennzeichnet sind.
3. Der Bereich „Gleichwertige Lebensbedingungen und demografischer Wandel“ muss sich auch mit den Bevölkerungsverschiebungen innerhalb Bayerns und seinen Folgen, sowohl für die ländlichen Regionen als auch für die Städte, beschäftigen.
4. Grundlage von gleichwertigen Lebensbedingungen ist die Bereitstellung von wohnortnaher, nicht lediglich bedarfsgerechter Infrastruktur. Das LEP muss dem Rechnung tragen.
5. Der Bereich „Klimawandel“ darf nicht nur als Bereich der Anpassung an selbigen verstanden werden, sondern braucht klare Vorgaben zur Bewältigung und Abschwächung des Klimawandels.
6. Das System der zentralen Orte und ihrer Verflechtungsbereiche muss, wie schon 2006 angekündigt (Drs. 15/5958), grundlegend überprüft und angepasst werden.
7. Im Bereich der nachhaltigen Siedlungsentwicklung darf es keine weiteren Aufweichungen geben, ebenso nicht beim Erfordernis, neue Siedlungen nicht isoliert zu errichten (Anbindegebot).
8. Der Abschnitt „Verkehr“ braucht eine klare Priorisierung der Projekte vor dem Hintergrund einer systematischen, nachhaltigen Infrastrukturentwicklung.

9. Die Vorgaben für großflächigen Einzelhandel müssen die regionale Entwicklung in den Blick nehmen und verbindliche Einzelhandelsentwicklungspläne vorschreiben, innerhalb derer die beteiligten Kommunen unbürokratische Lösungen treffen können. Die im jetzigen Entwurf angelegte Kannibalisierung des Einzelhandels ist abzulehnen.
10. Der Bereich „Energie“ braucht wegen seiner überragenden Bedeutung durch die Energiewende einen angemessenen Umfang und klare Leitlinien zur Lösung von Raumkonflikten.
11. Wasser, als wichtigstes Lebensmittel, braucht zu seinem Schutz klare Vorgaben.
12. Bildung, Soziales, Gesundheit und Kultur sind die Grundlagen gleichwertiger Lebensverhältnisse, hier ist im Diskurs mit Bürgern, Kommunen und Institutionen ein Gesamtkonzept festzulegen.

Begründung:

Zum 2. Entwurf der Staatsregierung zum Landesentwicklungsprogramm (LEP) wurde bis zum 15. Januar eine erneute Verbändeanhörung durchgeführt. Der jetzt dem Landtag vorgelegte Entwurf zeigt, dass durch diese zweite Verbändeanhörung sich inhaltlich nichts substantiell geändert hat (die erneute Anhörung bezog sich nur auf die gegenüber dem 1. Entwurf vorgenommenen Änderungen und die waren marginal).

Der im Kabinett beschlossene Entwurf für ein Landesentwicklungsprogramm steht für die Fortführung des Rückzugs des Staates aus seiner Gestaltungsverantwortung. Die Staatsregierung ersetzt sämtliche vormals verbindlichen landesplanerischen Vorgaben gerade im Bereich der ländlichen Räume durch unverbindliche Prosa.

So ist in den für die Landesentwicklung so existenziell wichtigen Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur weiterhin wie im 1. Entwurf nur noch von „bedarfsgerecht“ die Rede. Durch den Wegfall des Adjektivs „wohnortnah“ wird aus dem flächendeckenden Sicherungsnetz für die von Bevölkerungsschwund betroffenen Regionen sehr schnell eines mit vielen Laufmaschen. Angesichts der prognostizierten Bevölkerungsverluste ist dies ein unverantwortliches Vorgehen der Staatsregierung, das die Abwärts-spirale beschleunigen wird.

Die Staatsregierung muss ihren schönen Worten im Grundlagen-Teil des Entwurfs dann auch verbindliche Grundsätze und Ziele im konkreten Teil folgen lassen, damit aus den Worten Realität wird.

Dies ist nicht der Fall und deshalb ist dem Entwurf nicht durch kleine Änderungen zu helfen, sondern nur durch einen kompletten Neuentwurf unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Akteure.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

**Antrag der Abgeordneten Annette Karl,
Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos u.a. SPD
Drs. 16/15717**

**Entwurf des Landesentwicklungsprogramms (LEP-E)
zurückziehen und kompletten Neuentwurf vorlegen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatte(r)in: **Annette Karl**
Mitberichterstatte(r): **Martin Schöffel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur, der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 7. März 2013 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 10. April 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 5. Juni 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 6. Juni 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
6. Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 6. Juni 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Annette Karl, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos, Reinhold Perlak, Markus Rinderspacher SPD**

Drs. 16/15717, 16/17168

Entwurf des Landesentwicklungsprogramms (LEP-E) zurückziehen und kompletten Neuentwurf vorlegen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsminister Martin Zeil

Abg. Annette Karl

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Martin Schöffel

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Thomas Mütze

Abg. Erwin Huber

Abg. Dietrich Freiherr von Gumpenberg

Abg. Hans Joachim Werner

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Antrag der Staatsregierung

**auf Zustimmung gem. Art. 20 Abs. 2 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes
zum**

**Entwurf einer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern
(LEP) (Drs. 16/15555)**

und

weitere

**Anträge zum Entwurf einer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm
Bayern (LEP)**

(s. a. Anlage 4)

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander
Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur,
Verkehr und Technologie zum Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)
(Drs. 16/17150)**

Erkenntnisse der letzten Volkszählung berücksichtigen (Drs. 16/17311)

Kolleginnen und Kollegen, in die Beratungen wird ebenfalls der nach Abschluss der Ausschussberatungen eingereichte Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 16/17311 einbezogen.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass wir die Abstimmung über das LEP in namentlicher Form durchführen. Außerdem werden zu zehn der hier aufgerufenen einschlägigen Anträge namentliche Abstimmungen beantragt. Kolleginnen und Kollegen, Sie werden jetzt in Bewegung bleiben. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Äl-

testenrat wurde hierzu eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Als ersten Redner darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Zeil das Wort erteilen.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beschließen wir das neue Landesentwicklungsprogramm, das uns in den letzten Wochen und Monaten, aber auch schon vorher, sehr intensiv beschäftigt hat. Das ist der Bedeutung dieses Gegenstands angemessen. Die Staatsregierung löst damit ihre Zusage und ihr Versprechen ein, die Landesplanung in Bayern auf eine neue und vielleicht für so manche ungewohnte Grundlage zu stellen. Ich darf allen eiligen und oft überschnellen Kritikern sagen: Sie können sich beruhigen. Erfolg ist nicht an der Zahl der Seiten messbar, und Inhalte sind es nicht immer nur an der bloßen Anzahl von Sätzen und Worten.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es uns? Wir wollen, dass Bayern wirtschaftlich so erfolgreich bleibt wie bisher, ohne dass unser Lebensraum und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört oder nur ansatzweise gefährdet werden. Dieses in Einklang zu bringen, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen, unser schönes Land auch in Zukunft vor einem seelenlosen Siedlungsbrei zu bewahren, Bayern in seiner Einzigartigkeit zu erhalten, den ländlichen Raum zu stärken und mehr Arbeit zu den Menschen zu bringen, um damit unnötige Verkehrsströme zu verhindern – all das sind Herausforderungen, denen sich unser neues LEP stellt. Dort befinden sich die richtigen Antworten auf die Fragen der Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es doch im Kern. Wir brauchen keine ellenlange Bestandsaufnahme der Gegenwart. Vielmehr brauchen wir einen ebenso einfach wie gezielt formulierten Wegweiser, der die wichtigsten Zukunftsfragen beantwortet, beispielsweise nach einem klimaschonenden Tourismus oder wie wir gleichwertige

Lebens- und Arbeitsverhältnisse in ganz Bayern schaffen. Wir erfüllen damit, wie wir ja heute beschlossen haben, auch einen Verfassungsauftrag.

Meine Damen und Herren, Bayern boomt. Wir leben am drittstärksten Industriestandort der Erde, aber wir machen im Gegensatz zu anderen eben nicht den Fehler, der Wirtschaft alles unterzuordnen und das aus den Augen zu verlieren, was unser Land ausmacht und so einzigartig macht. Auf die Frage, wie dies funktionieren kann, gibt das vorliegende Landesentwicklungsprogramm fundierte und auch modernisierte Antworten.

Unseren erfolgreichen bayerischen Weg führen wir mit dem neuen LEP fort. Wir bauen auf bewährten Grundlagen auf, geben aus Sicht der Landesplanung aber vor allem Antworten auf neue Herausforderungen und verzichten dabei auf unnötiges Beiwerk. "Weniger ist mehr", lautet unsere Devise. Der Staat muss, der Staat soll sich auch bei der Landesplanung auf das konzentrieren und beschränken, was er im Interesse des Gemeinwohls zwingend zu regeln hat. Deswegen haben wir entbürokratisiert, deswegen haben wir den Kommunen auch mehr Rechte und Möglichkeiten gegeben. Es ist das Ziel moderner Landesplanung, Leitplanken für die wichtigsten Themen festzulegen, Konfliktlösungen und Regelungen dafür anzubieten, aber nicht, alles und jedes bis ins Einzelne zu regeln, sondern den Kommunen auch Spielraum zum Handeln zu lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, auch die Kolleginnen und Kollegen der Opposition sollten anerkennen, dass das Leitziel gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in keinem zweiten Land derart Realität geworden ist wie in Bayern. Seien wir doch einmal ehrlich: In anderen Bundesländern würden die Champagnerkorken knallen, wenn diese so niedrige Arbeitslosenquoten hätten wie beispielsweise Nordbayern. Dieser Erfolg, einen Riss durchs Land, eine Spaltung in Nord und Süd, eine Zweiklassenge-

sellschaft, zu vermeiden, ist nicht nur, aber auch ein Verdienst erfolgreicher Landesplanung.

Wir legen mit diesem LEP auch das Bekenntnis ab: Wir lassen niemanden im Stich. Keine Region wird abgehängt. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, wir kämpfen darum, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, und zwar nicht nur in München und Oberbayern, sondern überall. Wie erfolgreich wir das tun, zeigt allein ein Blick auf die Arbeitslosenquoten; denn nicht etwa Oberbayern weist in der Regel die niedrigsten Quoten auf, sondern Niederbayern, Schwaben und Unterfranken und neuerdings auch die Oberpfalz. Das ist konkrete Politik für die Menschen in allen Regionen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren gerade auch von der Opposition, diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, und sie strafen Ihre nervige Dauernörgelei Lügen. Aber sei's drum. Bayern wird erfolgreich und schön bleiben, und wir werden weiterregieren, und Sie werden das weiter in der Opposition begleiten.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Christa Steiger (SPD): Kaffeesatzleser! - Weitere Zurufe von der SPD)

Viele aus Ihren Reihen behaupten ständig und unverbesserlich, das neue Landesentwicklungsprogramm sei zu kurz geraten. Wenn ich mir Ihre Kritik nur anhöre, stelle ich fest: Es ist vielen von Ihnen offensichtlich immer noch viel zu lang; denn bei dem, was Sie sagen und kritisieren, können Sie es nicht zur Gänze gelesen haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Arrogant ist das!)

Richtig ist aber auch: Der vorliegende Entwurf ist kein Wunschkonzert für alle, vor allem nicht für jeden Interessenverband. Man muss sich einmal klarmachen, dass es hier nicht um Einzelinteressen geht. Vielmehr muss das große Ganze stimmen. Das Allgemeinwohl hat Vorrang vor Partikularinteressen. Auch das ist eine klare Aussage.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Denn nur folgenden Dingen muss das LEP gerecht werden: den Bedürfnissen des Freistaats Bayern, den Bedürfnissen unseres Landes, seiner Wirtschaftskraft, aber ebenso seiner Landschaft und Schönheit, die es zu erhalten gilt. Bayern wäre nicht mehr Bayern, wenn wir alles den Gesetzen der Ökonomie und des Wachstums unterordnen. Wachstum ist wichtig, Wachstum bedeutet Wohlstand; aber grenzenloses Wachstum ist gefährlich. Deswegen wird es das in Bayern auch nicht geben. Dafür sorgt schon das vorliegende LEP, das der grünen Wiese im Ernstfall einen höheren Stellenwert einräumt als seelenlosen Betonorgien.

Bayerns Wirtschaft muss stark und Bayerns Landschaft muss schön bleiben. Für beide Seiten ein und derselben Medaille steht die Bayerische Staatsregierung mit ihrer erfolgreichen Politik und mit dem neuen Landesentwicklungsprogramm.

Nach diesen Maßstäben sind wir auch die heißen Eisen angegangen, über die man trefflich streiten kann und bei denen die Interessengruppen natürlich auch am weitesten auseinanderlagen. So haben wir das Einzelhandelsziel entschlackt, bei den Verkaufsflächen den Gemeinden angemessene Spielräume eröffnet, aber gleichzeitig die grüne Wiese freigehalten. Mit dieser Staatsregierung, mit diesem Wirtschaftsminister wird es auch künftig nicht diese seelenlosen Malls und Einkaufszentren auf der grünen Wiese geben. Dafür haben wir in diesem LEP Sorge getragen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von den GRÜNEN)

Angemessen sind meines Erachtens auch die zusätzlichen Ausnahmetatbestände beim Anbindungsziel. Es gehört doch zur Wahrheit, dass niemand emittierende Gewerbebetriebe in seiner unmittelbaren Nachbarschaft haben will, übrigens auch nicht die Güterverkehrszentren. Deshalb haben wir diesbezüglich punktgenau und gezielt Erleichterungen geschaffen.

Wir haben es wieder an den Zahlen gesehen: Bayern lebt auch vom Tourismus. Deswegen war es richtig, dass wir eine Möglichkeit für die angemessene Erweiterung oder Errichtung von Beherbergungsbetrieben in Tourismusgemeinden geschaffen haben. Wir wollen keine Käseglocke über Bayern stülpen. Aber bei Bewahrung unserer schönen Landschaft muss eine zeitgemäße Entwicklung in den Kommunen möglich sein.

Meine Damen und Herren, ich darf mich bei den Koalitionsfraktionen vielmals bedanken, die in einem langen, aber sehr fruchtbaren Diskussionsprozess Verbesserungen des Entwurfs der Staatsregierung erarbeitet und beschlossen haben. Dieser Entwurf ist solide erarbeitet und umfassend diskutiert. Dass man in einzelnen Punkten unterschiedlicher Meinung sein kann, liegt in der Natur der Sache. Ich verstehe nicht, dass zum Beispiel die FREIEN WÄHLER Änderungsanträge zwar in der Sache für richtig erklärt, diese dann aber aus einer generellen Verweigerungshaltung abgelehnt haben. Sie sind doch sonst immer die Fürsprecher der Kommunen und deren Spielräume. Hier verweigern Sie sich. Das verstehe, wer will.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir haben das LEP wiederholt den Erfordernissen der Zeit angepasst. Wir haben auch vereinbart, dass wir das sehr breit diskutierte System der zentralen Orte durch externe Gutachter überprüfen lassen und 2015 eine Teilfortschreibung vornehmen werden, weil wir uns die 50 bis 60 Themen, die wir in diesem Zusammenhang in Bayern haben, mit aller Offenheit, Transparenz und Klarheit gemeinsam ansehen werden.

Mit der vorliegenden Fortschreibung werden Vorsorge und Flexibilität der bayerischen Landesentwicklungspolitik gleichermaßen gesichert. Nach intensiven parlamentarischen Beratungen liegt ein LEP vor, das geeignet ist, den Wandel zu meistern und den Vorsprung Bayerns zu halten und auszubauen. Ich darf das Hohe Haus deshalb bitten, diesem Landesentwicklungsprogramm heute zuzustimmen und damit wieder einen Baustein dafür zu setzen, dass unser starkes Land auch eine gute, starke Zukunft haben wird.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Jetzt hat Frau Kollegin Karl das Wort.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident,

(Inge Aures (SPD): Er geht gerade hinaus!)

liebe Kolleginnen und Kollegen! Der LEP-Entwurf, der uns heute vorliegt, hat eine lange Geschichte hinter sich, eine Geschichte von falschen Weichenstellungen, handwerklichen Fehlern und einem völligen Unverständnis aufseiten der politisch Verantwortlichen für das, was die Landes- und Raumplanung leisten soll und leisten kann.

(Beifall bei der SPD)

Das Landesentwicklungsprogramm ist eine Vision. Es ist ein Leitbild für Bayern 2025. So ist es auch überschrieben. Es ist ein Leitbild für alle Vorgänge, die einen Raumbezug haben und sich nicht im Nirwana oder in der Stratosphäre abspielen. Ein solches Leitbild zeigt im Idealfall das Gesicht Bayerns in den nächsten Jahrzehnten. Es zeigt aber auch – und gerade da wird das mangelnde Verständnis deutlich – die Wege dorthin. Es zeigt die Wege in eine gute Zukunft Bayerns unter den Herausforderungen unserer Zeit. Zu diesen Herausforderungen gehört der demografische Wandel, der dazu führt, dass wir uns über die Partizipation der Jugend Gedanken machen müssen, die zahlenmäßig immer weniger wird, dass wir uns aber genauso um eine seniorenge-rechte Gesellschaft kümmern müssen.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Herausforderungen gehören auch die Energiewende, der Klimawandel, unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Landesteilen und die marode Infrastruktur bei vielen Straßen und Brücken. Ein gutes LEP, wie wir es uns vorstellen, stellt sich diesen Herausforderungen, vermittelt Orientierung für Bürger und nachgeordnete poli-

tische Ebenen und setzt klare Leitplanken und Spielregeln für die Entwicklung Bayerns überall dort, wo es notwendig ist. Das LEP ist kein Selbstzweck, sondern es verlangt unser Handeln. Ein gutes Landesentwicklungsprogramm erkennt an, dass es unterschiedliche Nutzungsansprüche an den Raum gibt. Wo ich einen Discountmarkt baue, kann ich kein Windrad mehr hinstellen. Wo eine Autobahn entlangführt, kann ich kein Naturschutzgebiet mehr ausweisen. Ein Landesentwicklungsprogramm hat nun gerade die Aufgabe, für diese Konflikte Lösungs- und Entscheidungsstrategien vorzugeben. Das ist der einzige Grund, weshalb wir überhaupt ein solches Programm schreiben. Wenn ich alles laufen lassen wollte, könnte ich mir die Mühe sparen.

Ein Landesentwicklungsprogramm fußt auf dem Verständnis, dass der Staat seinen Gestaltungsauftrag annimmt und eine klare, aktive Rolle bei der Zukunftsgestaltung spielt. Dazu gehört aber auch, dass von staatlicher Seite von Zeit zu Zeit Entscheidungen getroffen werden müssen, die nicht allen gefallen können. Dazu gehört die Setzung von Prioritäten im Verkehrsbereich, um nur eine Entscheidung zu nennen. Ich zitiere Franz Josef Strauß sehr ungern, aber er hat dazu das Richtige gesagt. Er hat einmal gesagt: "Everybody's darling is everybody's Depp." Das heißt in dem Fall, ein LEP kann es nicht jedem recht machen, sondern irgendwann muss entschieden werden, in welche Richtung wir gehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Der vorliegende Entwurf dagegen blendet konfliktreiche Themen entweder aus, verlagert sie auf die Zeit nach der Wahl – dazu komme ich noch -, oder er schiebt die Konflikte den unteren Ebenen zu in der Hoffnung, dass sich dort jemand findet, der mit genügend Kraft und Willen über die Konflikte entscheidet. Meine Damen und Herren, das ist das Gegenteil von guter und nachhaltiger Politik. Das ist einfach nur Murks im Quadrat.

(Beifall bei der SPD)

Die Tatsache, dass sich Landespolitiker alle fünf Jahre dem Votum der Bürger zu stellen haben, darf nicht dazu führen, dass der Planungshorizont einer Staatsregierung allein vom Wahltag dominiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Dann nämlich wird aus einer Politik auf Sicht eine Politik im Blindflug.

Minister Zeil hat eben noch einmal betont, wie stolz er darauf ist, dass das LEP so kurz ist. Er hat damals bei der Verabschiedung im Kabinett gesagt: Wir reduzieren die Ziele auf ein Viertel und die Grundsätze auf ein Drittel. Dies hat er als großen Erfolg angepriesen. Der Maßstab für ein gutes und nachhaltiges LEP können aber nicht die Länge oder die Kürze oder die Anzahl der Ziele und Grundsätze sein. Nach dieser Logik wäre ein leeres Blatt Papier sicher der größte Erfolg, denn kürzer geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Maßstab muss sein, ob man mit dem Programm die gesetzten Ziele erreichen kann. Kann man gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern schaffen? Gelingen damit der Ausbau und der Umbau der Energieversorgungsinfrastruktur? Erhält man die notwendige Infrastruktur überall in Bayern? Schafft man die Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Wirtschaft in ganz Bayern? Erhält man die Lebensgrundlagen auch für die nächsten Generationen? Nur dies, aber nicht die Länge oder Kürze eines Textes, muss der Maßstab sein.

(Beifall bei der SPD)

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass es nur ein einziges Kapitel gibt, in dem sehr detailliert zur Sache gegangen wird. Das ist das Kapitel über den Flugverkehr in Bayern. Darin wird auch noch der letzte Luftlandeplatz besprochen und zum Ausbau vorgesehen, unabhängig davon, ob die Bürger, die Wirtschaft oder irgendjemand das will. Ich nenne nur das Beispiel Weiden. Der Bürgerwille wird komplett missachtet, denn die dritte Startbahn wird weiterhin als Ziel ins Landesentwicklungsprogramm hi-

neingeschrieben. Wir fordern, diese herauszustreichen, damit sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Flughafenbetreiber endlich Planungssicherheit haben.

(Beifall bei der SPD)

Dagegen werden in anderen Kapiteln, zum Beispiel im Kapitel über die Energieversorgung, die von herausragender Bedeutung ist, lediglich Hinweise auf ein völlig unverbindliches Konzept gegeben. In diesem Fall ist es das Energiekonzept der Staatsregierung. Diese Vorgehensweise ist noch nicht einmal von einer exzessiven Auslegung des Doppelsicherungsverbotens gedeckt, denn ein Konzept mag alles sein, es ist aber auf keinen Fall eine verbindliche Fachplanung.

Meine Damen und Herren, ein gutes Landesentwicklungsprogramm trägt der Tatsache Rechnung, dass es alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns betrifft. Es setzt damit auf eine aktive und breite Bürger- und Expertenbeteiligung. Darunter verstehe ich ausdrücklich nicht das notdürftige Einhalten gesetzlicher Vorschriften mit Verbandsanhörungen, die grundsätzlich in den Ferien stattfinden und ohne jeglichen Bürgerdialog.

(Beifall bei der SPD)

Dass man es auch anders machen kann, zeigen die Beispiele der Schweiz oder der Region Hannover. So ein Vorgehen ist natürlich aufwendig, das gestehe ich zu. Es ist aufwendig, es kostet Zeit, aber die Zeit war da, man hätte die ersten drei Jahre dieser Legislaturperiode nur nicht mit völlig untauglichen Ansätzen vertrödeln dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Raumakademien haben bei einem solchen Dialogprozess jede Hilfe angeboten, man hätte sie nur annehmen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss bei dieser Vorgehensweise der Staatsregierung langsam mutmaßen, dass zu viel Kritik und Anregungen überhaupt nicht er-

wünscht waren, getreu dem Motto von Herrn Kollegen Huber: Wer einen Teich austrocknen will, der darf die Frösche nicht fragen. - Das musste jetzt kommen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn in der Konsequenz aber wichtige Verbände wie der Städtetag und der Einzelhandelsverband bei sie betreffenden wichtigen Themen gar nicht eingeladen werden oder wenn die Verbände schon jetzt für die letzte notwendige Anhörung, den Text der Verordnung bekommen, bevor der überhaupt endgültig durch das Parlament gegangen ist, dann ist das eine schwere Missachtung des Parlaments und gesellschaftlich wichtiger Akteure.

(Lebhafter Beifall der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die CSU scheint von diesem Entwurf alles andere als begeistert zu sein. Ich erinnere mich noch an den Ausspruch von Herrn Kollegen Schöffel: Der Knaller ist es nicht.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist ja fast ein emotionaler Ausbruch!)

Das war sehr diplomatisch ausgedrückt. Deshalb hat die CSU auch per Beschluss festhalten lassen, dass gleich nach der Wahl 2014 eine Teilfortschreibung zu den zentralen Orten stattfinden wird. Da heute auch Bürgermeister anwesend sind, lassen Sie mich dies ein bisschen ausführen. Man muss sich das wirklich einmal vor Augen halten: Im Jahr 2006 beschließt der Landtag wegen der zentralen Orte eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms, weil dieses System nicht mehr passt. Aus der Teilfortschreibung wird dann, aufgrund der Initiative des Ministerpräsidenten, eine Gesamtneufassung. Die liegt uns jetzt vor. Und nun wird gesagt, mit den zentralen Orten haben wir uns in den ganzen fünf Jahren nicht beschäftigt, das ist uns jetzt vor der Wahl auch etwas zu schwierig, jemandem auf die Füße zu treten, also verabschieden wir das jetzt mal und machen dann, nach der Wahl, munter weiter.

(Zuruf des Abgeordneten Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP))

So geht das nicht, so kann man mit Bürgermeistern auch nicht umgehen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir werden diesen Entwurf, dieses Sammelsurium ohne System, ohne Konzept und ohne Plan ablehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Initiativrecht für diese Verordnung liegt bei der Staatsregierung, das heißt, als Fraktion oder als Parlament können wir keinen eigenen Gesetzentwurf vorlegen. Ich betone das ausdrücklich, damit nicht wieder die Mär verbreitet wird, wir würden nur kritisieren und hätten keine eigene Vorstellung, wohin es denn gehen soll. Wir haben deshalb mit einigen exemplarischen Änderungsanträgen Punkte beispielhaft hervorgehoben, mit denen wir unsere Vorstellungen deutlich machen wollen. Diese Punkte können weder allumfassend sein noch jeden Bereich der Verordnung erfassen, sonst hätten wir wieder einen eigenen Entwurf. Ein Teil davon steht nachher auch zur namentlichen Abstimmung.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf diese Punkte eingehen. Der erste und wichtigste Punkt: Nachdem unser Antrag, sich für die Erarbeitung eines guten LEP ausreichend Zeit zu nehmen, von den Regierungsfractionen abgelehnt wurde, wird eine SPD-geführte Staatsregierung ab Oktober umfassend anfangen, an einem neuen LEP zu arbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU und der FDP)

- Ob dann die FDP noch im Landtag ist, wird sich zeigen.

Wir werden Kommunen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Sozialverbände, Umweltorganisationen und vor allen Dingen die Bürgerinnen und Bürger in einem umfassenden Diskurs beteiligen. Zu den exemplarisch genannten Themen: Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen zu schaffen, genügt es nicht, lieber Herr Minister Zeil, dieses Ziel mit ein paar schönen, lapidaren Sätzen ins Programm zu schreiben. Dieser Handlungsauftrag steht schließlich schon seit 50 Jahren im Grund-

gesetz, ohne dass man das Ziel erreicht hätte, und in die Bayerische Verfassung schreiben wir es jetzt auch noch hinein. Bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist nämlich nicht der Weg das Ziel, sondern man muss irgendwann auch mal am Ziel ankommen, sonst werden sich die Bevölkerungsverschiebungen innerhalb Bayerns noch weiter verstärken, und das will keiner von uns. Wir brauchen deshalb einen tauglichen Instrumentenkasten, wir brauchen innovative Finanzierungsmodelle, passgenaue staatliche Förderprogramme und den Auftrag an die Regionen, für ihre Heimat eigene Konzepte und Strategien zur Entwicklung auszuarbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Dieses Ziel, das wir gefordert haben, hätte dann zwei Folgen: Zum einen setzen wir auf die Kompetenz der Menschen vor Ort; die wissen nämlich am besten, was ihrer Region hilft, viel besser als jede Ministerialbürokratie in München.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen bedeutet ein verbindlicher staatlicher Auftrag an die Regionen nach dem Konnexitätsprinzip auch die Verpflichtung für den Staat, diese Regionen bei ihrer Regionalentwicklung finanziell und personell zu unterstützen. Die freiwillige Regionalentwicklung, die Sie den Kommunen und Regionen einräumen, hat nämlich den durchaus beträchtlichen Nachteil, dass das nur die machen können, die es sich leisten können. Die Regionen, die gut dastehen, können sich eine solche Infrastruktur schaffen. Die Regionen aber, denen es nicht so gut geht, die finanzielle Kalamitäten haben, können es sich nicht leisten; dabei hätten es gerade die am nötigsten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten Tagen aus aktuellem Anlass viel über das Thema Flächenversiegelungen geredet und über die Wichtigkeit von Retentionsflächen, um Hochwasserereignisse einigermaßen erträglich zu halten. Minister Huber hat darauf hingewiesen, ebenso wie Minister Brunner. In diesem Licht erschüttert es schon, dass sich auch die CSU unter dem Mäntelchen einer Deregulierung und einer angeblichen Stärkung der Kommunen dazu hergibt, die Regelungen für die Sied-

lungsentwicklung massiv aufzuweichen und damit dem Flächenfraß Tür und Tor zu öffnen. Hier sind wir wieder bei der Notwendigkeit, dass eine Staatsregierung wenigstens ab und zu Entscheidungen treffen muss, die nicht jede Lobbygruppe glücklich machen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist für uns ein Skandal, dass Krokodilstränen über Flächenfraß und fehlende Retentionsflächen vergossen werden und im gleichen Atemzug das Anbindegebot ausgehöhlt wird, damit auch noch die letzte Wiese bebaut werden kann, statt dass die Potenziale der Innenentwicklung stärker genutzt werden. Leider befinden sich die FREIEN WÄHLER mit ihrem Änderungsantrag auch auf diesem - nach unserer Meinung - Irrweg.

Ich fasse kurz zusammen: Wir brauchen ein LEP, das den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist, das Bayern als attraktiven Standort für Wirtschaft und Bürger auch in Zukunft erhält, das nicht nur klingende Worthülsen enthält, sondern Ziel, Weg und Überprüfungsmöglichkeiten für die Zukunft ganz Bayerns vorgibt. Lieber Herr Minister Zeil, dieser Entwurf hilft Ihnen im Wahlkampf auch nicht. Ziehen sie ihn zurück, und lassen Sie uns alle einen neuen Anfang machen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben eine namentliche Schlussabstimmung zu Tagesordnungspunkt 5 durchgeführt, da ging es um die Drucksache 16/16672. Das Ergebnis war: Mit Ja haben gestimmt 102, mit Nein 42, keine Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit ist das Gesetz so angenommen. Es trägt den Titel "Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes".

Mit der Annahme in der beschlossenen Fassung hat sich der Änderungsantrag auf Drucksache 16/16769 erledigt.

Dann darf ich dem nächsten Redner das Wort geben. Herr Kollege Schöffel, bitte schön. Sie sind dran, Sie können jetzt erklären, was es mit der Granate, oder was das war, auf sich hat.

(Zuruf von der CSU: Bravo!)

- Oder was war es nicht?

(Zuruf von der CSU: Ein Knaller!)

- Ein Knaller? – Ein Knaller war es also nicht. Erklären Sie uns das doch einmal.

(Heiterkeit)

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, ich möchte keine Einschätzung über Sie abgeben, sondern über das Landesentwicklungsprogramm.

(Lachen bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein starkes Land, und zwar in allen Landesteilen.

(Inge Aures (SPD): Franken auch!)

- Das zeigt sich auch in Franken. Die Staatsregierung hat sich aktiv eingesetzt, in besonderen Situationen ebenso wie für besondere Landesteile und für den ländlichen Raum. Vor allem hat sie sich für die Bildung und die Hochschulen eingesetzt. Deshalb ist als Erstes daraus zu schließen: Die Landesentwicklung ist bei der CSU und bei dieser Staatsregierung aus CSU und FDP gut aufgehoben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Inge Aures (SPD): Aber nicht mehr lange!)

In dieser Legislaturperiode haben wir zunächst mit einem eigenen Landesplanungsgesetz begonnen. Dazu hat uns der Bund die Möglichkeit gegeben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was will der Mann uns damit sagen?)

In diesem Landesplanungsgesetz ist die Aufgabe eines LEP festgelegt. Das heißt: Das Landesentwicklungsprogramm legt die Grundzüge der anzustrebenden räumlichen Ordnung und Entwicklung des Staatsgebietes fest.

Es ist richtig: Das neue LEP beruht auf einem gewissen Paradigmenwechsel. Es konzentriert sich mit Absicht auf die bedeutsamen Aspekte der Raumordnung, der Flächeninanspruchnahme und der Konkurrenz um knappe natürliche Ressourcen. Diese Neugewichtung hat zu vielerlei Diskussion und Missverständnissen geführt.

Der Ansatz war eine Verschlankung des bestehenden LEP, eine Entbürokratisierung und so weit wie möglich auch eine Kommunalisierung. Ich möchte anhand von Beispielen deutlich machen, warum es notwendig war, hier Verantwortung auf die kommunale Ebene zu übertragen. Sie alle haben ja an der einen oder anderen Stelle dazu etwas miterlebt.

Aus unserer Sicht ist dies der zielführende Ansatz für eine prosperierende Entwicklung unseres Landes. Der Staat muss raumordnende Leitplanken oder Rahmenbedingungen setzen. Innerhalb dieser Bedingungen können und sollen die Entscheidungen vor Ort getroffen werden.

Wir haben es bei den Beratungen gespürt: Raumordnung und Raumbezugsfragen betreffen unterschiedlichste, notgedrungen widerstreitende Interessen und Interessengruppen. Ein Beispiel ist der Lebensmitteleinzelhandel. Die kleineren Kommunen haben immer wieder gefordert, Lockerungen bei neuen Einrichtungen im ländlichen Raum vorzunehmen. Viele andere haben dagegen eine strikte Eindämmung gefordert.

Wer sich damit näher beschäftigt, dem wird klar: Alle Auswirkungen derartiger Entscheidungen auf Handel und Handwerk vor Ort und auf das Ortsbild können nur die

Menschen vor Ort bewerten und entscheiden. Darum ist es richtig, diese Entscheidungen vor Ort zu treffen und verstärkt zu kommunalisieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Rahmen des LEP ist völlig klar. Ein großflächiger Einzelhandel hat in städtebaulich integrierter Lage zu erfolgen. Kleine Gemeinden können maximal 1.200 Quadratmeter neu ausweisen.

Ich nenne ein anderes Beispiel. Wie oft haben die Bürgermeister darüber geklagt, dass neue Industriebetriebe zwingend an ein Siedlungsgebiet angebunden werden müssen! Aber dies war die einzige Möglichkeit, einen Betrieb im ländlichen Raum zu halten oder zu einer Erweiterung zu bringen. Die Konflikte zwischen Anwohnern und Industrie waren vorprogrammiert. Sie sind zuweilen erbittert geführt worden. Da muss es Ausnahmemöglichkeiten geben, wenn die Bürger vor Ort, die Kommunalpolitik und die Baugenehmigungsbehörde eine andere Lösung favorisieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Rahmen des LEP sagt auch für die Zukunft, dass neue Siedlungsflächen anzubinden sind. Auch in Zukunft wird es keine wilde Zersiedelung geben. In Bayern wird auch zukünftig der Grundsatz gelten: Innenentwicklung vor Außenentwicklung und so wenig Flächenversiegelung wie möglich. Das alles steht im LEP. Aber Ausnahmen sind für die Entscheider eben möglich, wenn Logistik oder großflächige, produzierende oder emittierende Betriebe besser an Fernverkehrsstraßen angebunden sind als an Siedlungen oder Dörfer. Auch an den Tourismus ist zu denken. Erweiterungen bestehender Standorte müssen möglich sein, um die touristische Infrastruktur weiter voranbringen zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Beispiele zeigen: Wir setzen auf die Kommunalisierung, auf das Subsidiaritätsprinzip. Was auf der kommunalen Ebene besser entschieden werden kann, soll dort entschieden werden.

Ich komme zu der großen Überschrift "Landesentwicklung". Die Entwicklung des Landes findet nicht in erster Linie dann statt, wenn große Programme geschrieben werden, sondern vor allem dann, wenn Menschen anpacken, Herausforderungen erkennen, ihre Ideen umsetzen und Projekte ganz konkret angehen. Unsere Aufgabe ist es, die Menschen dazu zu motivieren und sie in die Lage zu versetzen, sich etwas aufzubauen, und ihnen Chancen zu bieten.

Die Landesentwicklung hat die Aufgabe, dafür die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen und Hürden und Gängelungen möglichst aus dem Weg zu schaffen. Wir sind bereit, noch viel mehr Verantwortung und Entscheidungsspielraum auf die bürgernahe Ebene zu verlagern. Es geht darum, Kräfte zu entfesseln, um die Entwicklung des Landes im 21. Jahrhundert schwungvoll weiterzuführen. Der ländliche Raum muss in der Zukunft über sein Schicksal mehr entscheiden können. Das bedeutet nicht, sich aus der Verantwortung zu stehlen, und schon gar nicht, Kosten für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse abzuwälzen.

Die finanziellen Möglichkeiten für eigenverantwortliches Handeln auf kommunaler Ebene müssen selbstverständlich gegeben sein. Auch daran arbeitet diese Staatsregierung mit Erfolg. Beispielsweise entwickelt sich der kommunale Finanzausgleich in die richtige Richtung.

Das Kernziel des Landesentwicklungsprogramms ist und bleibt, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land zu schaffen, gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Ich zitiere aus dem LEP. Wir wollen den Bürgern unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu Arbeit, Bildung, Versorgung mit allen notwendigen Gütern und Dienstleistungen sowie Wohnraum und Erholung ermöglichen. Wir wollen dazu vor dem Hinter-

grund des demografischen Wandels ein flächendeckendes Netz von Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – wie Kitas, Schulen, Hochschulen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Kultur- und Sporteinrichtungen – sicherstellen, die in angemessener Zeit zu erreichen sind. Das ist eine Grundüberzeugung und ein Arbeitsauftrag für viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte.

In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, das Vorhalteprinzip des LEP zu nennen, das der Versorgung der Bevölkerung mit den genannten Einrichtungen den Vorrang vor wirtschaftlichen Auslastungserfordernissen gibt. Das ist ein Versprechen, auf das sich alle Bürgerinnen und Bürger in der Zukunft berufen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei den Beratungen im federführenden Ausschuss haben wir festgestellt, dass diesen Grundsatz nicht alle im Hohen Haus teilen. Als Beispiel nenne ich die GRÜNEN. Umso wichtiger ist es, diesen Grundsatz entsprechend zu bestätigen und dafür einzutreten. Die GRÜNEN haben zum demografischen Wandel den Antrag gestellt, unter anderem bei mit öffentlichen Mitteln geförderten Infrastrukturinvestitionen die wirtschaftliche Tragfähigkeit unter den Bedingungen des demografischen Wandels zu beachten. Was heißt das auf Deutsch? Das heißt, wenn die Einrichtungen nur wenigen Menschen nutzen, müssen sie nicht erhalten werden.

Dazu passt der Kurs der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg, wo der Finanzminister sagt, es sei nicht so schlimm, wenn der eine oder andere Landwirt aufhört; dann könne auch einmal ein Tal im Schwarzwald zuwachsen. Dazu passt es, dass Sie die Verfassungsänderung ablehnen und den Antrag gegen Behördenverlagerungen, zum Beispiel nach Schwaben, stellen. Das war ja erst vor Kurzem so. Sie wollen also nicht in allen Teilräumen gleichwertige Lebensbedingungen für die Menschen haben. Aber wir treten dafür in besonderer Weise ein. In Bayern wird kein Landstrich aufgegeben. Das bleibt auch in der Zukunft so.

Im Gegenteil, wir setzen auf die Entwicklung der Potenziale in allen Teilregionen. Das haben wir in unserem Antrag zum LEP noch einmal sehr deutlich formuliert. Wir wollen verstärkten Ballungstendenzen entgegenwirken, die Metropolen nicht durch ständig steigende Bevölkerungszahlen überfordern und die Zuwanderung nach Bayern möglichst in allen Teilräumen ankommen lassen.

Gerade in Gebieten mit besonderen demografischen Veränderungen gilt es, Abwanderung zu minimieren und die Stärken der Teilräume besonders zu fördern, auch um Zuzug zu steigern.

(Zurufe des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir haben heute gemeinsam beschlossen, gleichwertige Lebensverhältnisse als Grundsatz in die Verfassung aufzunehmen. Die Staatsregierung betreibt in diesem Sinne eine engagierte Regionalentwicklung. Wenn Sie fragen, wie das geschehen soll, dann empfehle ich Ihnen zum Beispiel, den Aktionsplan "Demografischer Wandel" zu lesen. Da finden Sie konkrete Anweisungen, wie in den einzelnen Bereichen vorgegangen werden muss.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Alle konkreten Projekte vor Ort werden nicht nur unterstützt, sondern vonseiten der Staatsregierung auch als Aktivprojekte angestoßen. Ich kann Ihnen als Oberfranke aus den letzten Jahren berichten, dass neue Bildungs- und Forschungseinrichtungen von der Staatsregierung angestoßen worden sind. Ich habe selbst konkrete Projekte im Landkreis Wunsiedel auf den Weg gebracht. Die Unterstützung durch die Staatsregierung hat nicht auf sich warten lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es entstehen neue Einrichtungen. Eine neue Forschungseinrichtung ist im Bau. Eine neue Akademie wird betrieben. Die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis Wunsiedel ging in den letzten Jahren stetig aufwärts.

Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt zu. Die Arbeitslosenquote hat sich bestens entwickelt. Auch die Bevölkerungsentwicklung verbessert sich seit dem Jahr 2009 entgegen den negativen Prognosen ständig.

Ich komme auf das Prinzip der zentralen Orte zu sprechen.

(Zurufe von der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Lassen Sie ihn bitte weiterreden.

Martin Schöffel (CSU): Nach der Sommerpause werden wir daran im Rahmen einer Teilfortschreibung weiterarbeiten.

(Inge Aures (SPD): Sie nicht mehr, dann regieren wir!)

– Sie haben ein seltsames Verständnis von Parlamentarismus, Frau Kollegin, wenn Sie davon ausgehen, dass in den Ausschüssen nur eine Partei weiterarbeiten wird. Wir werden das abwarten.

Wir haben in einem Antrag gefordert, am Prinzip der zentralen Orte weiterzuarbeiten. Die zentralen Orte werden in Zukunft wahrscheinlich eine noch wesentlich größere Bedeutung haben. Es kommt darauf an, wie sich die Menschen die Gestaltung des demografischen Wandels vorstellen. Mit Sicherheit sind manche der 60 Anträge auf Aufstufung zu Mittelzentren berechtigt. Ich sehe Bürgermeister aus dem Landkreis Kulmbach,

(Inge Aures (SPD): Und Bayreuth!)

die gute Argumente vorgetragen haben und die zu gegebener Zeit zu würdigen sind. Bei jeder Entscheidung geht es darum, die Funktionsfähigkeit der bestehenden zentralen Orte zu erhalten, aber auch Versorgungsstrukturen in erreichbarer Nähe zu schaffen bzw. zu erhalten.

(Zurufe von der SPD)

Eine weitere sehr zentrale Festlegung im LEP ist das Vorrangprinzip. Auch darauf möchte ich kurz eingehen. Hierbei geht es um die Teilräume mit besonderem Handlungsbedarf. Wenn dieses Prinzip auch in der Zukunft konsequent angewandt wird, schaffen und bewahren wir gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse in unserem Bayernland. Sicher bedeutet es eine sehr große Herausforderung, auch in Zukunft Wachstum und dynamische Entwicklung in allen Landesteilen voranzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns stets um eine konstruktive Beratung des LEP und aller Anträge bemüht. Wir hätten uns auch die eine oder andere frühere Beratung im Landtag und eine Anhörung der Kommunen außerhalb der Ferien gewünscht.

(Zurufe von der SPD: Aha! - Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Ich gebe zu, es ist nicht ganz einfach, wenn man um jeden Satz, den man ergänzen will, aufwendig verhandeln muss. Damit haben wir alle unsere Erfahrungen gemacht. Aber ich danke allen Kollegen und Kolleginnen, die sich hieran konstruktiv beteiligt haben, und auch der Abteilung Landesentwicklung im Wirtschaftsministerium. Nach intensiven Beratungen ist heute ein Ergebnis zu präsentieren, das eine gute Ausgangslage für die Zukunft bietet und an dem weitergearbeitet werden wird. Die CSU sagt jedenfalls Ja zum neuen LEP.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Schöffel. Ich bitte Sie um Einverständnis, dass wir die Frist zur Stimmabgabe schon bei der ersten namentlichen Abstimmung, die demnächst ansteht, auf drei Minuten festsetzen. Einverstanden? – Dann gehen wir so vor. Bitte schön, Herr Kollege Muthmann, Sie sind der nächste Redner.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister! Immer wieder behandeln wir das

Thema LEP. Ich will heute noch einmal die Gelegenheit nutzen, aus Sicht unserer Fraktion zum Anlass, das heißt zum Zeitpunkt der Beratungen, zum Verfahren und zum Inhalt des heute zur Beschlussfassung anstehenden LEP ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu machen.

Als Erstes komme ich auf den Anlass zu sprechen. Das LEP vorzustellen, ist Aufgabe der Staatsregierung. Das ist Ihre Chance. Diese haben Sie leider in keinerlei Hinsicht nutzen können. Zum einen ist darauf hinzuweisen, dass wir erst heute früh bei der Beratung über die Verfassungsänderungen auch das im Gesetzentwurf festgelegte Ziel der Förderung gleichwertiger Lebensbedingungen auf den Weg gebracht und beschlossen haben, dieses in der Bayerischen Verfassung zusätzlich und berechtigterweise zu verankern. Bei der Verwirklichung dieser verfassungsrechtlichen Zielsetzung ist das Landesentwicklungsprogramm das zentrale und klassische Instrument, das Steuerungsinstrument für alle staatlichen Behörden und alle öffentlichen Stellen.

Das LEP ist bei Bedarf fortzuschreiben. Daran hat sich auch mit dem neuen Landesplanungsgesetz nichts geändert. Die CSU hat schon im Jahr 2006 einen Bedarf der Fortschreibung gesehen. Am 6. Juli 2006 wurde die Staatsregierung mit der Drucksache 15/5958 aufgefordert, das Landesentwicklungsprogramm grundlegend zu überprüfen, und vor allem bekanntermaßen gebeten, das System der zentralen Orte zu überarbeiten, weil es schon vor sieben Jahren als nicht mehr aktuell und zeitgemäß, sondern als überarbeitungsbedürftig galt. Es hat bis zum Sommer des letzten Jahres gedauert, dass wir überhaupt ein LEP bekommen haben, ohne dass das System der zentralen Orte, das seit 2006 überarbeitungsbedürftig ist, auch nur angetastet wurde.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Zeil, letzte Woche haben Sie in Ihrer Regierungserklärung über die Wirtschaftspolitik zugegebenermaßen ein paar erfreuliche Zahlen für die Jahre 2012 und 2013 präsentiert. Aber hier und heute hätten Sie die Chance und auch die Verpflichtung gehabt, ein Bild für die Entwicklung Bayerns nicht nur für diese zwei Jahre, sondern bis in das Jahr 2025 oder auch 2030 hinein zu präsentieren und zu erläutern. Sie haben auf das Leitbild hingewiesen. Herr Kollege Schöffel hat uns

gerade einen Textteil zu diesem Leitbild aus dem LEP vorgelesen. In dieser Hinsicht sind wir uns meiner Einschätzung nach weitgehend einig, wie wir uns die bayerische Entwicklung vorstellen. Aber darin besteht ja noch nicht die Lösung, sondern das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Die Klärung im LEP fehlt völlig. Notwendig wäre eine Darstellung gewesen, wie, auf welchem Wege und mit welchen Instrumentarien Sie diese Entwicklung Bayerns tatsächlich erreichen. Darüber hätte man intensiv diskutieren müssen und vor allem dann gemeinsam ein LEP verabschieden sollen, das die Frage beantwortet, wie wir unsere Vorstellung von Bayern und der Entwicklung in Bayern in den nächsten 15 Jahren verwirklichen. Stattdessen besteht der heutige Anlass der Beratung in einem Durchpeitschen vor einem Wahltermin. Eine solche Verpflichtung gibt es nicht, noch nicht einmal im Koalitionsvertrag. Ihnen geht der Zeitdruck vor Qualität.

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass Sie im Verfahren nicht mehr Herr des Zeitablaufs sind. Ich will Sie nur daran erinnern, dass es im Jahr 2010 eine Interpellation zum Landesentwicklungsprogramm gab. Darin haben wir unter anderem die Frage gestellt, bis wann mit dem Vorliegen der für die Landesentwicklung in Bayern relevanten Ergebnisse des bundesweiten Zensus 2011 zu rechnen ist und ob diese Ergebnisse für die Gesamtfortschreibung des LEP abgewartet werden sollen. Sie haben darauf – ich kürze etwas ab – geantwortet, dass der Zensus 2011 durchgeführt werden und erst am 9. Mai 2013 verwertbar vorliegen wird und aus diesem Grunde eine Verwendung der Ergebnisse im Rahmen der laufenden Gesamtfortschreibung des LEP nicht mehr möglich ist. Aktualisieren Sie es eben! Wir haben diesbezüglich einen Antrag gestellt. Auch das gehört dazu, dass man zumindest in diesem langen Verfahren die zusätzlich dazukommenden aktuellen Strukturdaten wie insbesondere die Ergebnisse des Zensus mit nutzt und nicht einfach ignoriert. Das ist doch auch eine Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre.

Als Nächstes gehe ich auf das Verfahren ein. In der Gesamtbewertung wird man sich doch schon fragen dürfen, warum Sie eigentlich eine Öffentlichkeitsbeteiligung durch-

geführt haben. So, wie Sie die Öffentlichkeit beteiligt haben, entsteht der Eindruck: Das ist Ihnen eigentlich nur lästig gewesen.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Das ist eine Unterstellung!)

Letztes Jahr war die Beteiligung in den Sommerferien möglich, die nächste Beteiligung in den Winterferien, und jetzt legen wir es so an, dass die mutmaßlich noch einmal notwendig werdende Beteiligung wieder in den Sommerferien stattfindet.

Auch inhaltlich - die Kollegin Karl hat darauf hingewiesen – sind letzten Endes wirkliche Mitgestaltungsmöglichkeiten nicht spürbar geworden. Die Debatte, wie man die Öffentlichkeit beteiligt, ist im Kern vor allen Dingen nur dann zu rechtfertigen und positiv zu gestalten, wenn man die Bereitschaft mitbringt, Anregungen erstens umfassend aufzunehmen und sich zweitens mit diesen Anregungen ernsthaft auseinanderzusetzen, da und dort zu reagieren und gute Vorschläge einfließen zu lassen. Das ist bei den Vorschlägen der Opposition nicht erfolgt, aber auch nicht bei den vielen durchaus konstruktiven Vorschlägen der Verbände.

(Zuruf des Abgeordneten Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP))

Lieber Kollege Gumpenberg, auch wir haben Vorschläge gemacht, und Sie hätten gut daran getan, den einen oder anderen dieser Vorschläge aufzunehmen, um insbesondere das Thema "gleichwertige Lebensbedingungen" besser voranzubringen, als man es von diesem schwach formulierten LEP erwarten kann.

Dieses LEP bringt keinerlei positive Entwicklungen in diese Richtung mit sich. Es fehlt an wirklich guten Mitgestaltungsmöglichkeiten. Eine Anhörung als Feigenblatt, als Formsache und leider auch nur pflichtgemäß – so stellen wir uns ein öffentliches Beteiligungsverfahren nicht vor. So können Sie auch nicht mit der notwendigen Akzeptanz und Umsetzungsbereitschaft der von Ihnen Beteiligten rechnen. Denn Sie nehmen sie nicht wirklich mit, sehen diese nur formal weitreichende Beteiligung auch nur als Formalie an.

Ich komme jetzt zur Behandlung des Plenums. Auch dazu muss ich noch einen Satz sagen. Nachdem das Initiativrecht bei der Staatsregierung liegt, haben wir uns als Parlament natürlich mit Dringlichkeitsanträgen bzw. Änderungsanträgen vor Vorlage des LEP in diesem Hohen Hause zu Recht zurückgehalten. Seit der LEP-Entwurf der Staatsregierung dem Plenum vorliegt, ist es Sache des Plenums und der Ausschüsse, das Programm zu beraten und die Zustimmung zu erteilen. Da wäre es nun wirklich angebracht gewesen, wenn die Staatsregierung ihrerseits den Abschluss der Beratungen abgewartet hätte, bevor dann diese noch notwendige Anhörung stattfindet. Was Sie mit Ihrem Schreiben vom 4. Juni dieses Jahres gemacht haben, ist eine ausdrückliche Missachtung des Parlaments und völlig unangemessen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf von der CSU: Peinlich!)

Lassen Sie mich jetzt ein paar zusammenfassende Sätze zum Inhalt sagen. Das LEP ist ein Programm der vertanen Chancen. Mit Kürzen und Streichen allein kann man Bayern nicht planen und nicht vernünftig in die Zukunft führen. Sie begnügen sich weitestgehend mit unvollständigen und hohlen Phrasen. Antworten auf die Fragen, die die Menschen bei uns in Bayern haben, fehlen. Solche Fragen sind: Wo werden künftig unsere Schulen sein, werden sie in erreichbarer Nähe sein? Wo werden künftig unsere Kinderbetreuungseinrichtungen zu finden sein, wo unsere Krankenhäuser und wo unsere Behörden? All diese Fragen, die die Menschen in Bayern interessieren, lassen Sie unbeantwortet. Sie hätten sie im Landesentwicklungsprogramm beantworten können, ja, Sie hätten sie dort sogar beantworten müssen. Die Behauptung, dass es nicht geht, stimmt nicht. Das beweisen Sie selbst. Ich nenne als Beispiel die Festlegung auf die dritte Startbahn im LEP. Nach unserer Überzeugung ist das falsch, aber hier ausgerechnet werden Sie konkret. Konkret wird das LEP auch ein zweites Mal, nämlich da, wo geregelt ist, dass jede Region einen Luftverkehrsanschluss für die allgemeine Luftfahrt braucht. Das lässt das Netz der angedachten Flughäfen deutlich werden.

Ein weiteres Beispiel - nach meiner Ansicht ausgesprochen wichtig für die Gesamtentwicklung des Landes - ist eine Regelung im Rettungsdienstgesetz bezüglich der Hilfs-

fristen. Betragen die Hilfsfristen 12 oder 5 Minuten? Damit wissen dann alle Menschen im Lande, dass in Notfällen der Rettungsdienst innerhalb von 12 bis 15 Minuten vor Ort ist. Solche Regelungen vergleichbarer Art hätten wir uns auch im Bereich der Bildungseinrichtungen gewünscht. Ich denke zum Beispiel an eine Busfahrt von 15 Minuten oder auch 30 Minuten zur nächsten Grundschule. All diese Fragen wären im LEP zu regeln gewesen. Ein solches Netz an sozialen und Bildungseinrichtungen, auch der medizinischen Versorgung, all das hätte man sehr wohl im LEP regeln können, lieber Kollege Gumpfenberg. Die Menschen haben darauf gewartet. Aber Sie haben sich an dieser Stelle verweigert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das nächste Dilemma, das damit im Zusammenhang steht, ist auch schon angesprochen worden. Ich meine die zentralen Orte. Ein Gesamtkonzept für Bayern lässt sich ohne die Festlegung, wo zentrale Orte sind und welche Versorgungsaufgaben sie konkret haben, nicht machen. Auch da haben Sie gegenüber dem alten LEP einen Rückschritt gemacht. Denn auch beim Zentrale-Orte-System bekommen wir jetzt nicht mehr konkret gesagt, welche Versorgungseinrichtungen der jeweilige zentrale Ort in der jeweiligen Stufe zu erbringen hat. Das ist alles ungenau und unverbindlich und damit nicht geeignet, den Aufgaben des Landesentwicklungsprogramms wirklich nachzukommen.

(Dietrich Freiherr von Gumpfenberg (FDP): Sie wissen das sicherlich besser!)

Genauso steht es um die Aussagen zum Breitband. Auch da kommt das LEP nicht über Unverbindliches hinaus. Beim Verkehr fehlen mit Ausnahme der Aussage zur dritten Startbahn jegliche Priorisierungsmomente.

Auch bei den vielfach im Ausschuss schon diskutierten Fragen zum Anbindungsgebot und zum Einzelhandel kommen wir mit diesem LEP zu keinen guten Entscheidungen. Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gestern am Tag der Selbstständigen unter anderem gesagt: Mit mir sind seelenlose Discounter auf der grünen Wiese nicht zu ma-

chen. Dafür haben Sie Beifall erhalten. Fahren Sie nicht gelegentlich durchs Land und sehen, wohin sich die Dinge entwickeln? Wir haben Lösungen vorgeschlagen und haben dabei auch mehr kommunale Verantwortung in dieser Frage eingefordert.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Die wolltet ihr doch gerade abschaffen!)

- Lesen Sie doch unsere Anträge. Sie singen das Hohe Lied der kommunalen Verantwortung, setzen es aber nicht wirklich um. Wären Sie unseren Anträgen gefolgt, wären wir auch an dieser Stelle ein gutes Stück weiter.

Über die 40 Änderungsanträge, die wir gestellt haben, ist jetzt aus Zeitmangel nicht mehr zu reden. Dieses LEP sollte nicht verabschiedet werden. Wir können es selbstverständlich nicht mittragen und schlagen vor, so einzupacken, wie es ist, und in der neuen Legislaturperiode ein verbindliches, gutes, neues LEP zu machen. Bayern hätte das verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. Nächster Redner ist Kollege Mütze. Bitte sehr.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum eigentlich noch reden zu diesem LEP - der Kollege Muthmann hat es eben gesagt -, wenn alle Hinweise, alle Anmerkungen, alle inhaltlichen Änderungswünsche und sogar alle Bitten, dieses LEP auf die richtigen Füße zu stellen, so ganz und gar ungehört bleiben. Da könnten wir uns das doch heute eigentlich auch schenken. Aber das ist nicht angebracht. Wir müssen heute – und das haben die Kolleginnen und Kollegen auch schon getan – deutlich machen, wo es hängt bei diesem LEP, damit die Menschen draußen verstehen, was zukünftig in Bayern geregelt werden soll oder nicht mehr geregelt wird.

Die Vorgeschichte ist klar: 2006 gab es einen Beschluss hier im Haus zur Teilfortschreibung, einige von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben das noch mitbeschlossen. Wirtschaftsminister Huber hat sich gedacht: Mir bleiben noch zwei Jahre, das mache ich lieber nicht mehr, damit mache ich mir die Finger nicht mehr schmutzig. Er hat es seinem Nachfolger Herrn Zeil überlassen. Der hat erst einmal nichts gemacht außer zwei Dingen: Zum einen hat er die Verkaufsfläche auf 1.200 Quadratmeter erhöht, zum anderen hat er dafür gesorgt, dass Oberpfaffenhofen weiterhin ein Sonderflughafen bleibt, weil – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – er dort wohnt. Man will das in Oberpfaffenhofen auch nicht ausgeweitet wissen. Persönliche Betroffenheit, das kann man nachvollziehen.

Jetzt drängt auf einmal die Zeit. Anhörungen werden in den Ferien abgehalten. Allen Verbänden und Kommunen, die dagegen Sturm laufen, wird gesagt: Es geht nicht anders. Auch diesmal ist es so: Wir debattieren hier noch, und schon läuft die Anhörung zum endgültigen LEP.

Die Reaktionen, sehr geehrter Herr Minister, die es auf diesen LEP-Entwurf gab, und die Vehemenz der Ablehnung haben mich schon überrascht. Ich glaube, Sie haben vorhin gesagt: Das war eine nervige Dauernörgelei. Ich lasse es noch gelten, wenn Sie uns damit meinen.

(Staatsminister Martin Zeil: Habe ich auch!)

Also, wir haben Sie genervt mit unserer Nörgelei. Das mag so sein. Aber von der Fachlichkeit ist Ihnen doch die geballte Ablehnung entgegengeprallt. Ich will einige Beispiele nennen.

Ein Neustart wurde empfohlen, raumordnerische Ziele sind nicht erreicht; es ist ungeeignet; es gibt keine tragfähige Konzeption; schwere inhaltliche Defizite; wird den hohen Anforderungen nicht annähernd gerecht, keine Vision und so weiter und so fort. Schon an diesem Punkt, Herr Minister, hätte Ihnen klar werden müssen, dass das, was Sie vorhaben, nicht richtig sein kann. Hier hätten Sie aufhören und sagen müs-

sen: Okay, das war ein Versuch. Sie hatten da gerade erst angefangen. Das hätte jeder nachvollziehen können, wenn Sie gesagt hätten: Ich wollte es halt anders machen als meine Vorgängerinnen und Vorgänger. Lassen wir das. – Aber Sie haben es nicht getan. Sie haben weitergemacht, und das, was wir jetzt vorliegen haben, ist in seiner unglaublichen und nicht nachvollziehbaren Naivität, wie Bayern sich entwickeln soll, unvergleichlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zum Leitbild. Im Leitbild ist alles noch wunderbar. Bayern 2025, große Worte, Bayern, wohin sollst du dich entwickeln? Alles kommt vor: demografischer Wandel, Klimawandel, die Zukunft des ländlichen Raums, die Herausforderungen der Zukunft sind genannt.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Sie haben es wenigstens gelesen!)

In der Begründung zur Verordnung steht sogar:

Die Gesamtfortschreibung des LEP ist auch fachlich geboten. Die aktuellen räumlichen Herausforderungen

- demographischer Wandel,
- Klimawandel, einschließlich des Umbaus der Energieversorgung, und
- Wettbewerbsfähigkeit

sind von der Landesplanung verstärkt aufzugreifen.

Wenn man das gelesen hat, denk man sich: Sehr gut, und jetzt geht's los, jetzt wird etwas geändert. So, dann schauen wir einmal hin. Energie: sechs Grundsätze. Wer sich mit Landesplanung auskennt, der weiß: Grundsätze sind immer abwägbar. Zwei Ziele im Energiebereich. Da heißt es, erneuerbare Energien sollen die Grundlage der neuen Energieherstellung darstellen. Ach so? So allgemein ist das gehalten.

Das andere Ziel ist die Windkraft. Bei diesem Ziel hat der Ministerpräsident sozusagen von hinten ins Knie geschossen. Dieses Ziel hat sich dann auch schon erledigt. Mit der heutigen Verabschiedung des LEP hat sich das Thema Energie erledigt.

Beim Klimawandel sind drei Grundsätze abwägbar. Kein Ziel gibt es zum Hochwasserschutz; Hochwasserschutz kommt in der Begründung vor.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Es gibt ein eigenes Gesetz dafür! -

Ulrike Gote (GRÜNE): Es gibt zu allem eigene Gesetze!)

Hochwasserschutz ist scheinbar nicht wichtig. – Ich komme nachher noch darauf, was in diesem LEP stehen müsste und was nicht. In diesem LEP findet er sich jedenfalls nur in der Begründung.

Herr Minister Zeil, Sie haben vorhin von klimaschonendem Tourismus gesprochen. Wunderbar, wo ist er denn, der Satz zum Tourismus? Ein Antrag von uns, dass Tourismus sich klimaschonend entwickeln muss, dass man dafür sorgen muss, dass der Tourismus sich so entwickelt, dass die Menschen nicht unbedingt mit dem Auto in die Ferien fahren müssen, wurde abgelehnt. Das wäre ein Hinweis auf den klimaschonenden Tourismus gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Wir schaffen die Flugzeuge ab!)

Demografischer Wandel, acht Grundsätze – abwägbar. Ein Ziel – und damit komme ich zum Kollegen Schöffel, wo ist er? – ist das Vorhalteprinzip. Da sage ich: Als einziges Ziel ist dieses in diesem LEP positiv. Zu Ihnen sage ich: Wenn man etwas missverstehen will, dann kann man es missverstehen, so wie Sie es eben getan haben. Das Vorhalteprinzip ist wichtig. Aber wenn ich sage, die Bevölkerung nimmt ab, und Sie sagen, wir bauen weiterhin Straßen dorthin, dann sehe ich den Sinn nicht. Dass Straßen erhalten werden, dass das Kanalsystem erhalten wird, dass die Infrastruktur erhalten wird, ist überhaupt keine Frage. Aber wenn noch etwas Neues dazugebaut

werden soll, wenn die Bevölkerung abnimmt, frage ich Sie, wie das mit Ihrem Haushaltsverständnis von keinen neuen Schulden zusammenpasst.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Man muss Bayern kennen!)

- Ich kenne Bayern ganz gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Ausschuss, lieber Herr Kollege Gumpenberg, kommt es mir meistens so vor, als würden Sie nur Niederbayern kennen, als wäre Ihnen der Rest von Bayern unbekannt. Aber das kann sich ja noch ändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kein Wort beim demografischen Wandel zum Rückgang der Bevölkerung,

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Doch!)

zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur, wie das denn vorangehen soll, wenn es weniger Menschen gibt. Es gibt keine Antwort auf die Frage: Wie soll es denn mit dem Kanal gehen, wenn weniger Menschen da sind, die diesen Kanal nutzen und Benutzergebühren bezahlen? Wer soll den dann bezahlen? Sollen die Menschen immer mehr dafür bezahlen? Keine Antwort, kein Rückbauszenario. Was ist in ländlichen Räumen, die sich wirklich entvölkern, wo die Menschen wirklich nicht mehr da sind? Was gibt es da für Szenarien? Dort werden immer noch Menschen leben, aber nicht mehr so viele. Welche Antworten haben wir für sie? Keine, wenn wir in dieses LEP schauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem LEP geht es vielfach um den ländlichen Raum, und die Metropolregionen werden dann auch einmal erwähnt. Als Aschaffener bin ich dankbar, dass zumindest der Hinweis, dass Aschaffenburg zu einer Metropolregion gehört, die nicht in Bayern liegt, zum Schluss doch noch Eingang gefunden hat. Aber darauf, dass die Metropolregionen ganz andere Herausforderungen

haben als der ländliche Raum, nämlich genau entgegengesetzte - eine immer weiter steigende Bevölkerung, großer Druck auf die Infrastruktur, auf die Mobilität; wie kommen die Menschen in diese Städte, in die Region hinein -, geben Sie keine Antwort.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Danke schön.

(Heiterkeit)

Die Kritik kann man auch an einigen Begriffen festmachen. Da ist zum einen das Doppelsicherungsverbot. Da sind wir genau bei dem, was Sie, Kollege Gumpfenberg, vorhin angesprochen haben. Da haben wir doch ein Gesetz; da haben wir doch einen Plan,

(Dietrich Freiherr von Gumpfenberg (FDP): Ja, so ist es!)

da haben wir doch ein Konzept. Nur, lieber Herr Kollege, ein Konzept oder ein Plan wie der Aktionsplan "Demografischer Wandel" hat keinen Gesetzesrang. Das Tourismuskonzept, das die Staatsregierung beschlossen hat, hat auch keinen Gesetzesrang. Das kann man machen, das hat der Ministerrat beschlossen, das haben Sie und ich nicht gesehen, wir beide nicht, und auch der Kollege Schöffel hat den Aktionsplan "Demografischer Wandel" nicht gesehen, bevor er vom Ministerrat beschlossen wurde. Darauf wette ich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bedeutet das? Alles, was nicht in diesem LEP steht, ist möglicherweise Goodwill einer Staatsregierung. Nur auf das, was im LEP als für die Entwicklung Bayerns wichtig steht, können wir uns beziehen.

Unsere Aussage, dass das reine Absichtserklärungen der Staatsregierung sind und dass das, was Sie hier machen, eine Aushöhlung des LEP ist, dann sehen wir uns von den fachlichen Kritikern und Mitstreitern darin auch bestätigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommt, dass es eine Beschneidung unserer Kompetenzen ist. Denn das LEP beschließen wir. Ich habe es schon gesagt: Den Aktionsplan haben Sie und ich nicht beschlossen, nicht gesehen. Wenn Sie als Regierungsfraktion das hinnehmen, ist es mir recht. Aber ich nehme das nicht hin.

Nächster Punkt: Anbindegebot. Das ist ein zentraler Punkt. Müssen Einzelhandelsgeschäfte an die Siedlung angebunden sein? Wie groß dürfen sie sein? Wer darf diesen Einzelhandel überhaupt anbinden? Wer ist dazu in der Lage? Müssen, dürfen die Kommunen das für sich entscheiden, oder müssen wir das in Verantwortung für ganz Bayern für die Kommunen entscheiden? Hier geht es um die Verdrängung kleinerer Betriebe, zum Beispiel von Bäckern und Metzgern aus der Ortsmitte. Es geht um das Ausbluten der Ortszentren und die Verschlechterung der Lebenssituation für nicht mobile Menschen. Wo kaufen denn die 40 % der Menschen ein, die kein Auto haben? Wo kaufen denn die Menschen, die älter werden und auch kein Fahrzeug zur Verfügung haben, in Zeiten des demografischen Wandels ein?

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Darüber machen wir uns sehr wohl Gedanken!)

- Darüber machen Sie sich Gedanken, indem Sie die Schaffung von Läden auf der grünen Wiese zulassen.

Bei der Bodenversiegelung und dem Flächenfraß ist es das Gleiche. Herr Minister, Sie haben vorhin gesagt, Sie wollten unnötige Verkehrsströme verhindern. Sie zwingen die Menschen in die Fahrzeuge; denn anders kommen sie nicht mehr zu einer Versorgung. Sie müssen sich hinfahren lassen oder sonst irgendwie versuchen, dorthin zu kommen. Der Bus ist hier nicht die Lösung, weil häufig eine Anbindung fehlt. Damit komme ich zum Verkehr. Hierzu ist zu lesen: Alles soll ausgebaut werden; alles soll erhalten werden; alles soll um- und zugebaut werden. Sie haben meiner Meinung nach noch immer nicht verstanden, worum es geht.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Wo steht denn das?)

- Das steht in einem Ihrer Anträge, die Sie zum LEP gestellt haben.

Im LEP findet sich kein Wort zur Vernetzung im ländlichen Raum. Wie geht es weiter? Wie wird der ÖPNV im ländlichen Raum in Zukunft funktionieren, wenn dort weniger Menschen, insbesondere weniger Schüler leben? Der Schülerverkehr ist doch das Rückgrat des ÖPNV im ländlichen Raum. Wer wird den ÖPNV im ländlichen Raum finanzieren? Welche Lösungen bieten Sie an, damit die Menschen, die kein Auto haben, im ländlichen Raum mobil sind? Darauf geben Sie keine Antwort.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Darwin lässt grüßen!)

Zum Flugverkehr geben Sie jedoch Antworten. Dieses Thema ist wichtig. Da wird festgestellt: MUC wird ausgebaut, auch wenn es dagegen einen Bürgerentscheid gibt. Ihnen scheint auch sehr wichtig zu sein, dass jede Region einen eigenen Flughafen haben muss, egal ob es sich dabei um Zuschussempfänger wie die Flughäfen Memmingerberg und Hof handelt oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute eine Verfassungsänderung beschlossen. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern, das ist gut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was gehört denn alles zu gleichwertigen Lebensverhältnissen? Nur die Wirtschaft? Nur der Verkehr? Nur die Straße? Oder sind das auch die Schule, die Bildung, die Gesundheit, der Arzt, das Krankenhaus und das Theater?

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Ja!)

- Ja, genau. Wer hat denn den Minister gezwungen, dass dieses Thema überhaupt gespielt wurde? Wir im Ausschuss haben ihn zusammen mit dem Vorsitzenden gezwungen, zu realisieren, dass diese Punkte für Bayern wichtig sind. Das bedeutet Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben ihn gezwungen, und so sieht das, was im LEP dazu steht, auch aus. Es wurde kurz und knapp, entschuldigen Sie bitte, hingerotzt, wenn ich das so sagen darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben sich doch noch nicht mit diesem Thema auseinandergesetzt. Ich gebe zu, dass unsere Anträge etwas langatmig waren. Wenn jedoch gar nichts dasteht, muss man eben Hilfen zur Formulierung geben. Wenn sich heute jemand entscheidet, ob er in einer Region bleibt oder woanders hingehet, kommt es darauf an, ob eine Schule vorhanden ist.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Dann bleibt er in Bayern!)

- Das mag sein. Aber er bleibt dann nicht mehr in Nordbayern, sondern geht in eine Stadt im Süden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das von uns gewünscht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist das Ziel der Landesplanung? Die Landesplanung soll Leitplanken geben. Sie verweigern diese Leitplanken. Die Landesplanung soll eine zentrale Planung für Bayern sein. Sie verweigern diese zentrale Planung und sagen: Wir geben alles den Kommunen. Anything goes. Das kann es nicht sein. Wir sehen jetzt schon, wohin dieses "anything goes" führt, wenn die "Nettos", "Normas" und "Aldis" ihre Konglomerate vor unseren Kommunen ausbreiten. Wenn diese Unternehmen weg sind, bleiben irgendwelche Investitionsruinen mit Parkplätzen vor der Kommune. Ist das Bayern? Ist es das, worauf wir in Bayern stolz sind? Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube das nicht. Dem können wir nicht zustimmen. Lassen Sie uns gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN und der SPD in der nächsten Legislaturperiode ein neues LEP entwickeln!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Mütze, ich habe den Wunsch des Kollegen Huber nach einer Intervention übersehen. Ich mache die Fraktionen darauf aufmerksam, dass wir nach dem nächsten Redner mit dem Abstimmungsmarathon beginnen. Bitte schön, Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Mütze, wir haben diese Materie in vielen Sitzungen des Wirtschaftsausschusses im Detail erörtert. Natürlich gibt es bei diesem Thema zwischen der CSU und den GRÜNEN unaufhebbare Widersprüche.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Das muss nicht so sein!)

Ich möchte nur zwei Punkte herausgreifen, bei denen ich Ihre Position überhaupt nicht verstehen kann.

Erstens. Die GRÜNEN sind doch sehr basisbewegt und halten die Bürgerbeteiligung vor Ort und die Orientierung der Entscheidungen an den örtlichen Bedingungen für etwas sehr Wichtiges. Warum lehnen Sie es dann ab, dass wir die Entscheidungsmöglichkeiten für die Kommunen verbessern? Wir nehmen die staatliche Vorgabe zurück und sagen: Der Staat muss nicht alles vorschreiben. Im Zweifel kann dies die entsprechende Regierung im Vollzug tun. Warum glauben Sie, dass die Regierung dies besser könnte als die vom Volk gewählten Bürgermeister und Räte?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweitens, zum Vorhalteprinzip. Ich finde, Herr Kollege Schöffel hat eine exzellente Rede gehalten. Im Ausschuss haben wir leider Ihre Zweifel und Ihre Zurückhaltung beim sogenannten Vorhalteprinzip nicht richtig herausgearbeitet. Sie wollen es nicht hinnehmen, dass in Räumen mit abnehmender Bevölkerung die soziale und kulturelle Infrastruktur ausgebaut wird. Wir sagen, wir müssen diese Räume attraktiv halten, damit die Menschen dort bleiben und eventuell noch weitere hinzukommen. Sie wenden sich gegen diesen Ausbau. Ich frage Sie, ob dahinter der Wunsch nach einer passiven Sanierung liegt. Wollen Sie diese Räume nur noch der Natur überlassen? Dies

würde dem Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen im ganzen Lande widersprechen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Mütze, Sie können darauf antworten.

Thomas Mütze (GRÜNE): Zur ersten Frage: Wir trauen es den Kommunen sehr wohl zu, vor Ort eine Lösung zu finden. Die Bürgermeister und Räte sind genau wie wir demokratisch gewählt. Allerdings sollte sich nicht jede Kommune diese Antwort selbst geben. Die Kommunen sollen sich vielmehr gemeinsam überlegen, wie sie diese Probleme vor Ort lösen. Wir wollen den regionalen Planungsverbänden und den Kommunen vor Ort über die interkommunale Zusammenarbeit die Lösung in die Hand geben. Dann können die Kommunen Einzelhandelskonzepte, Verkehrskonzepte und Energiekonzepte vor Ort machen. Wenn jede Kommune für sich ein solches Konzept entwickeln wollte, wäre sie überfordert. Dafür fehlt ihnen die Fachlichkeit.

(Widerspruch des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

- Wie viele Mitarbeiter hat der Bürgermeister einer Kommune mit 2.000 Einwohnern? Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben nur einen Mitarbeiter, der alles machen muss. Diese Bürgermeister brauchen Unterstützung. Deshalb müssen die Kommunen zusammenhalten und gemeinsame Lösungen finden. Das ist der Ansatz. Wir können nicht jeder Kommune alles ermöglichen. In diesem Punkt unterscheiden wir uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Vorhalteprinzip: Sie haben recht; das Vorhalteprinzip ist uns wichtig. Es geht nur darum, dass Sie immer behaupten, dass immer neue Straßen dazugebaut werden müssten. Straßen sind wichtig für die Entwicklung des ländlichen Raums.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Infrastruktur ist mehr als Straße!)

Ihre anderen Argumente lasse ich nicht gelten. Wenn Ihnen die Kultur wichtig gewesen wäre, hätten Sie dies mit dem Entwurf beweisen können. Das lasse ich nicht gelten. Ihnen geht es darum: Sie wollen im ländlichen Raum weiter Straßen bauen und sagen: Das ist ländliche Entwicklung. Dieser Gleichsetzung versagen wir uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der vorläufig letzte Redner ist Herr Kollege von Gumpenberg; anschließend beginnen die Abstimmungen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was mögen die Bürger draußen darüber denken, wie wir oder wie im Besonderen Sie über das LEP sprechen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Darüber sprechen wir nach Ihrem Redebeitrag!)

- Lieber Herr Halbleib, hier wird von Murks im Quadrat gesprochen. Es handelt sich um ein Gesetz. Es handelt sich um das LEP,

(Zuruf von der SPD: Es ist eine Verordnung, kein Gesetz!)

um das Landesentwicklungsprogramm.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es gibt auch schlechte Gesetze! Da stimmen Sie doch zu, oder?)

Meine Damen und Herren, wir können doch nicht so miteinander umgehen und von Murks und von In-den-Papierkorb-schmeißen sprechen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Was aber stimmt! Wenn es wahr ist!)

Hier wird ein ernsthaftes und seriöses Anliegen vorgetragen.

(Hans Joachim Werner (SPD): Das Anliegen wohl; aber die Umsetzung ist schlecht!)

Nehmen wir beispielsweise das Verhalten der FREIEN WÄHLER im Zusammenhang mit dem LEP im Ausschuss zur Kenntnis. Die FREIEN WÄHLER haben am 16. Mai 2013 bei der Aufstufung der Inklusion vom Grundsatz zum Ziel dagegengestimmt. Ich weiß nicht, was die betroffenen Menschen davon halten sollen.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Lesen Sie das Wortprotokoll!)

- Ich lese das Protokoll sehr genau.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Es steht drin, dass wir dem zustimmen, aber das Landesentwicklungsprogramm ablehnen. Also lesen Sie es, und erzählen Sie keine Märchen!)

- Nein; es ist nicht so. Sie haben dies abgelehnt. Das *müssen* die Bürger in Bayern einmal wissen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine abweichende, abwehrende und dem LEP nur kritisch gegenüberstehende Grundhaltung. Sie wollen es verhindern. Sie wollen kein LEP. Darum geht es. Wir wollen ein LEP. Das ist der Unterschied zwischen uns.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wir wollen ein gescheitertes LEP und keinen Schmarrn! Das ist doch ein Blödsinn! - Hans Joachim Werner (SPD): Seit wann will denn die FDP irgendeinen Plan? Das ist etwas ganz Neues!)

Das LEP, das Landesentwicklungsprogramm, ist nicht das Rezeptbuch oder die Betriebsanleitung für alle in einem Land entstehenden Probleme. Es wird auch schwerlich allen in allen Bereichen gleichermaßen gerecht. Das LEP ist die Festschreibung und Grundlage einer strategischen Rahmensatzung für Bayern.

Wer die doch sehr unterschiedlichen Erklärungen und Statements sowie Diskussionsbeiträge der Opposition betrachtet, dem fällt es nicht schwer, zu verstehen, warum

Opposition Opposition ist. Wärt ihr nämlich nicht Opposition, würdet ihr in dieser Frage gänzlich anders agieren.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Dann hätten wir etwas Vernünftiges gemacht! - Volkmar Halbleib (SPD): Anders als Sie würden wir auf jeden Fall agieren, weil das ganze Verfahren äußerst schwach war!)

Das hier heute diskutierte LEP ist der Grundstock für ein weiterhin erfolgreiches Bayern unter Berücksichtigung der Veränderungen, die im wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen und demografischen Bereich sowie im Umweltbereich entstanden sind. Vor dem Hintergrund der insgesamt hervorragenden Position Bayerns

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

kann man durchaus die Frage aufwerfen, welche nachhaltige Bedeutung die Neufassung für unser Land darstellt. Ich beantworte Ihnen die Frage gern. Das neue LEP wird seiner Verantwortung gerecht und sichert die Zukunft der uns nachfolgenden Generationen. Darum geht es. Es geht um die Gegenwart, und es geht um die Zukunft. Hier wird immer davon gesprochen, wir hätten keine Vision. Offensichtlich haben diejenigen, die das sagen, das LEP zu keinem Zeitpunkt wirklich gründlich und umfassend gelesen. Das ist der Punkt. Herr Halbleib, haben Sie das LEP gelesen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Diskussion in den Ausschüssen war so qualifiziert, Herr Kollege, dass das, was Sie hier sagen, wirklich Unsinn und peinlich ist! Wir haben uns intensiv damit auseinandergesetzt und fast 100 Änderungsanträge gestellt!)

Aus diesem Grunde brauchen wir das neue LEP, Herr Halbleib. Alle Teilräume Bayerns werden im Sinne gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen weiterentwickelt. Leitziel ist die Schaffung und Unterhaltung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen, das heißt, allen Bürgern sollen unabhängig von

ihrem Wohnort Zugang zu Arbeit, Bildung, Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie Wohnraum und Erholung zur Verfügung stehen.

Damit ist klar: Kein Bürger in Bayern wird im Stich gelassen. Es ist ein Programm, das den Menschen im Blick hat. Alle Räume Bayerns, ländlicher Raum und Verdichtungsraum, werden weiterentwickelt. Besonderes Augenmerk liegt auf der Entwicklung des ländlichen Raumes. Sie können mir glauben: Das Vorhalteprinzip bleibt deshalb im LEP fest verankert. Die Gewährleistung einer dauerhaften Versorgung mit zentral örtlichen Einrichtungen hat Vorzug gegenüber Auslastungserfordernissen. In unzähligen Anträgen und gemeinsamen Sitzungen haben wir auch gemeinsam mit der Opposition um die besten Lösungen gerungen. Dafür bedanke ich mich persönlich bei all denjenigen, die daran mitgewirkt haben, wenn auch teilweise sehr kritisch darüber gesprochen wurde.

(Volkmar Halbleib (SPD): Erst haben Sie gesagt, dass wir es nicht gelesen haben, dann haben wir kritisch mitgewirkt! Sie müssen sich mal entscheiden!)

- Sie haben ja mitgewirkt. Es gibt Anregungen der Kollegin, die von uns durchaus aufgenommen worden sind. Es ist doch nicht so, dass man das nicht akzeptieren würde. Vieles von dem, was kontrovers diskutiert wurde, hat in das LEP Einzug gefunden. Ich nehme nicht in Anspruch, es gleichermaßen allen Recht zu machen, aber ich nehme in Anspruch, gemeinsam mit Ihnen etwas kreiert zu haben, das allen Bedürfnissen gleichermaßen Rechnung trägt. Das LEP wurde gegenüber dem alten LEP aus dem Jahr 2006 stark verschlankt und inhaltlich gestrafft, entbürokratisiert und lesbar gemacht, ohne bei den entscheidenden Punkten an der Aussagekraft einzubüßen. Der Entwurf ist sehr gut austariert, da er sich in der Mitte bewegt.

Der demografische Wandel, der Erhalt der räumlichen Wettbewerbsfähigkeit, der Klimawandel sowie die Energiewende stellen uns in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen. Der demografische Wandel und die demografischen Veränderungen stellen eine große Herausforderung bei der Bereitstellung der Finanzierung

und der passenden Infrastruktur dar. Ältere Menschen - dies ist mehrfach betont worden – haben andere Bedürfnisse als beispielsweise Familien. Dies wurde gerade von Herrn Muthmann kritisiert. Wir brauchen ein passendes Versorgungsangebot für die älteren Menschen – das ist gar keine Frage –, auch bei rückläufigen Einwohnerzahlen. Auch das steht außer Frage. In der Landesentwicklung sorgen wir dafür, dass wichtige Einrichtungen, zum Beispiel Schulen, Krankenhäuser oder Supermärkte, auch erhalten werden, wenn sie nicht voll ausgelastet sind. Das Vorhalteprinzip bezieht sich darauf, dass diese Einrichtungen in einem Netz von zentralen Orten gebündelt und gut erreichbar sind.

Zur räumlichen Wettbewerbsfähigkeit: Globalisierung und Internationalisierung bedeuten mehr Wettbewerb, auch für Städte und Regionen. Wir müssen die räumliche Wettbewerbsfähigkeit weiterhin stärken und die Regionen in Bayern als attraktive Lebens- und Wirtschaftsstandorte erhalten und weiterhin ausbauen. Regionen sollen durch die Förderung von Regionalmanagement und regionalen Marketinginitiativen bei der Vermarktung unterstützt werden. In eher strukturschwachen Räumen – es gibt wenige, aber es gibt sie – muss für den Erhalt und den Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur gesorgt werden.

Zum Klimaschutz und zur Energiewende: Das Klima verändert sich rasant. Viele Regionen werden von Trockenheit, andere von Starkregen geplagt. Wir haben es gerade hinter uns gebracht; in einigen Regionen Bayerns gab es verheerende Überschwemmungen. Der Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind eine herausragende Aufgabe.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Moore und Waldgebiete als wichtige CO₂-Speicher müssen gesichert werden. Im Rahmen einer vorbeugenden Planung müssen gefährdete Gebiete in Zukunft von Bebauung freigehalten werden.

Die Energiewende ist eine beschlossene Sache. Dafür werden zahlreiche Flächen benötigt, die dann für andere Nutzungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Das bedeutet viele Konflikte, die gelöst werden müssen. In der Regionalplanung sollen geeignete Flächen, zum Beispiel für Windkraftanlagen, verbindlich ausgewiesen werden. Außerdem müssen in Raumordnungsverfahren Energieleitungstrassen und Kraftwerkstandorte auf ihre Raumverträglichkeit überprüft werden. Diese Änderungen sind äußerst sinnvoll und stellen für Bayern die Weichen zu einer zukünftig positiven Entwicklung.

Mit Schreiben vom 04.06.2013 hat das Staatsministerium alle Beteiligten über das Anstehen einer eventuellen erneuten Anhörung zum LEP-Entwurf frühzeitig informiert. Diese Information war aufgrund des knappen Zeitrahmens völlig gerechtfertigt. Ich sage das zur Kritik der FREIEN WÄHLER an diesem Entwurf.

Meine Freunde, wir haben das LEP im Ausschuss und außerhalb des Ausschusses eingehend diskutiert. Es gab in der einen oder anderen Frage erkennbare Übereinstimmungen. Es ist nachvollziehbar, dass eine Opposition sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen eine konträre Auffassung vertreten muss. Die Opposition betrachtet es letztlich nicht als ihre Aufgabe, der Regierung das Wort zu reden.

(Zuruf: Das ist auch nicht unsere Aufgabe!)

Wenn Sie fair und korrekt sind, müssen Sie feststellen, dass die Staatsregierung mit diesem LEP – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Es ist auch nicht die Aufgabe der Koalitionsfraktionen, der Regierung das Wort zu reden, sondern das Parlament zu vertreten!)

– Auch wir bemühen uns ernsthaft darum,

(Inge Aures (SPD): Bemühen ist zu wenig! - Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Der Schüler hat sich bemüht!)

für das Volk das geeignete Mittel zu entwerfen. Seien Sie dessen versichert.

Meine Damen und Herren, glauben Sie mir: Die Zukunft Bayerns ist durch die Fortschreibung des LEP mit diesem Entwurf gesichert. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Wenn Sie bitte noch einen Moment dableiben. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Kollegen Werner.

Hans Joachim Werner (SPD): Herr Kollege von Gumpfenberg, ich bedauere es sehr, dass wir Sie nicht davon überzeugen konnten, dass dieses LEP wirklich Murks im Quadrat ist. Vielleicht überzeugt Sie aber jemand anders davon. Sie haben davon gesprochen, Bayern werde zukunftsfest. Wofür wird Bayern zukunftsfest? – Für unsere Jugend. Ich sage Ihnen jetzt einmal, was zum Beispiel die Katholische Landjugend von diesem LEP hält: Sie sprechen von einer verpassten Chance und davon, dass jegliche Visionen fehlen. Die Landjugend, Herr Kollege von Gumpfenberg, hat mindestens zehnmal so viele Mitglieder wie die FDP. Die haben jetzt auch davon gesprochen, dass sie darauf hoffen, dass im Bayerischen Landtag nach der Wahl ein LEP verabschiedet wird, das Bayern wirklich zukunftsfest macht. Sie hoffen also auf den nächsten Bayerischen Landtag.

Ich kann Ihnen getrost sagen: Die Landjugend verbindet mit Ihnen überhaupt keine Hoffnung.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege. Bitte, Herr von Gumpfenberg.

Dietrich Freiherr von Gumpfenberg (FDP): Lieber Kollege, wir haben mit der Katholischen Landjugend diverse Diskussionen geführt. Wir haben in der einen oder anderen Frage in Aussicht gestellt, Änderungswünsche der Landjugend in das Programm aufzunehmen. Wir haben deren Wünsche nachhaltig geprüft.

(Volkmar Halbleib (SPD): Welche sind aufgenommen worden?)

Ich kann nicht erkennen, was die Beschwerde der Katholischen Landjugend ist.

(Hans Joachim Werner (SPD): Ich habe nur zitiert!)

Mein Eindruck von diesen Gesprächen war, dass sie mit dem, was wir ihnen vorgetragen haben, durchaus einverstanden waren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zu den Abstimmungen, die wir wie folgt durchführen: Ich lasse zunächst in einfacher Form über vier Anträge abstimmen. Dann folgen zehn namentlichen Abstimmungen. Dann gibt es eine Gesamtabstimmung zum Rest. Die dann folgende Schlussabstimmung erfolgt erneut in namentlicher Form. Das heißt, wir haben jetzt zehn plus eine namentliche Abstimmung.

Wir stimmen jetzt in einfacher Form über den nach Abschluss der Beratungen in den Ausschüssen eingereichten Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/17311 ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Oppositionsfraktionen und eine Stimme aus den Reihen der FDP. Wer möchte dagegen stimmen? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt stimmen wir in einfacher Form über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Anträge der FREIEN WÄHLER auf den Drucksachen 16/15819, 16/16267 und 16/16279 ab. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 16/15819, das ist die Listennummer 27 der Anlage zur Tagesordnung,

(Siehe Anlage 4)

zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Oppositionsfraktionen und eine Stimme der FDP.

(Widerspruch)

– War das ein Irrtum?

(Alexander König (CSU): Das stimmt nicht, was Sie feststellen! - Zurufe: Passt!)

Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Listennummer 32 abstimmen, den Antrag auf Drucksache 16/16267. – Das ist das gleiche Bild. Wer stimmt dagegen? – Das sind CSU und FDP. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über die Listennummer 43 ab, den Antrag auf Drucksache 16/16279. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Da ist es jetzt etwas anders. Es stimmen die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und ein Kollege der FDP zu. Gegenstimmen! – CSU, FDP, SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Auf Antrag der Oppositionsfraktionen haben wir jetzt zehn Abstimmungen in namentlicher Form vor uns. Wir halten uns an das übliche Prozedere. Wir geben jeweils drei Minuten Zeit.

Die erste namentliche Abstimmung ist zum Antrag mit der Listennummer 3, Drucksache 16/15666. Bitte schön, es kann jetzt losgehen. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 13.47 bis 13.50 Uhr)

Die erste namentliche Abstimmung ist beendet. Jetzt führen wir die namentliche Abstimmung über den Antrag auf der Drucksache 16/15669 mit der Listennummer 5

durch. Wir brauchen noch ein paar Sekunden, bis die Abstimmungsurnen bereitstehen. Es geht los. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 13.51 bis 13.53 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir nehmen die Stimmkarten mit und zählen sie außerhalb des Plenarsaals aus.

Wir führen jetzt die namentliche Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 16/15683 mit der Listennummer 19 durch. Die drei Minuten laufen ab jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 13.54 bis 13.57 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das waren die namentlichen Abstimmungen zu den Anträgen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Jetzt kommen die Anträge der FREIEN WÄHLER. Die Urnen werden wieder bereitgestellt. Wir stimmen über den Antrag auf der Drucksache 16/16271 mit der Listennummer 35 ab. Es geht los. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 13.57 bis 14.00 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

(Unruhe)

Halten Sie durch, meine Damen und Herren. Wir kommen schon zur Listennummer 55. – Einen Moment noch. Die Urnen müssen noch bereit gemacht werden. – Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung über Listennummer 55, Drucksache 16/16291.

(Namentliche Abstimmung von 14.01 bis 14.04 Uhr)

Nun schließen wir die Stimmabgabe auch für diese namentliche Abstimmung.

Jetzt kommt noch der Antrag unter Listennummer 57, Drucksache 16/16293. Wir fangen gleich an. Die Zeit läuft ab jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 14.04 bis 14.07 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Jetzt kommen wir zu den namentlichen Abstimmungen über die SPD-Anträge.

Die nächste namentliche Abstimmung bezieht sich auf den Antrag mit der Listennummer 73, Drucksache 16/16330. Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 14.07 bis 14.10 Uhr)

Wer noch nicht abgestimmt hat, sollte sich beeilen!

Ich schließe die namentliche Abstimmung über den Antrag 73. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Antrag 16/16332 mit der Listennummer 75. Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 14.10 bis 14.13 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Sie nähern sich der langersehnten Mittagspause, die wir nach diesem gesamten Abstimmungsprozedere einlegen werden.

Jetzt rufe ich zur namentlichen Abstimmung über den Antrag 16/16335 mit der Listennummer 78 auf. Wir fangen jetzt an.

(Namentliche Abstimmung von 14.13 bis 14.16 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Antrag 16/16336 mit der Listennummer 79. Hierfür beginnen jetzt die drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 14.16 bis 14.19 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Damit haben wir die lange Runde der namentlichen Abstimmungen beendet.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über die sonstigen beratenen, in der Anlage 1 zur Tagesordnung enthaltenen Anträge (s. a. Anlage 4) Dieser Abstimmung liegen die einzelnen Voten der Fraktionen in den Ausschüssen zugrunde. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise dem seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist das ganze Hohe Haus. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(Siehe Anlage 4)

Wir führen jetzt gleich die Schlussabstimmung in namentlicher Form durch. Vorher gebe ich Ihnen aber die Abstimmungsergebnisse der eben durchgeführten einzelnen namentlichen Abstimmungen bekannt. Ich trage das verkürzt vor, indem ich nur die Listennummer und das Abstimmungsergebnis nenne.

Zum Antrag Listennummer 3, Drucksache 16/15666, gab es 61 Ja-Stimmen, 78 Nein-Stimmen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Zum Antrag Listennummer 5, Drucksache 16/15669, gab es 45 Ja-Stimmen, 98 Nein-Stimmen. Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Der Antrag Listennummer 19, Drucksache 16/15683, erhielt 45 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 19 Stimmenthaltungen. Auch dieser Antrag wurde damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Zum Antrag Listennummer 35, Drucksache 16/16271: Mit Ja haben gestimmt 19, mit Nein 80. Stimmenthaltungen gab es 45. Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Zum Antrag Listennummer 55, Drucksache 16/16291: 62 Ja-, 82 Nein-Stimmen. Der Antrag wurde abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Zum Antrag Listennummer 57, Drucksache 16/16293, 51 Ja-Stimmen, 97 Nein-Stimmen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Der Antrag Listennummer 73, Drucksache 16/16330: Es gab 64 Ja- und 83 Nein-Stimmen. Dieser Antrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Zum Antrag Listennummer 75, Drucksache 16/16332: 50 Ja- und 98 Nein-Stimmen. Der Antrag wurde abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Zum Antrag auf Listennummer 78, Drucksache 16/16335, gab es 32 Ja- und 99 Nein-Stimmen, 14 Stimmenthaltungen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Jetzt fehlt nur noch der allerletzte Antrag. Ich bitte Sie, hier zu bleiben, denn das Ergebnis werden wir in wenigen Sekunden haben. Ich denke, das überbrücken wir mit einem herzlichen Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamtes.

(Allgemeiner anhaltender Beifall)

Wir danken, dass die Abstimmungen so zügig funktioniert haben. Vielen Dank an Herrn Ludwig und die Kolleginnen und Kollegen.

So, nun kommen wir zum Ergebnis der Abstimmung über den letzten Antrag. Das war die Listennummer 79, Drucksache 16/16336: 46 Ja- und 104 Nein-Stimmen. Damit wurde auch dieser Antrag, überraschender Weise, abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

So, das wären die Änderungsanträge gewesen. Jetzt stimmen wir über den Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Verordnungsentwurf über das LEP, Drucksache 16/15555 ab, und zwar so, wie wir es vorliegen haben und wie wir es diskutiert haben. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung, Drucksache 16/17150. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass bei Erlass der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern durch die Staatsregierung die vorher gefassten Beschlüsse des Landtags zu den angesprochenen Anträgen Berücksichtigung finden. Das ist jetzt wieder eine namentliche Abstimmung, die jetzt beginnt und in drei Minuten abgeschlossen wird. Wenn Sie bitte nach dieser Abstimmung noch zwei Minuten hier bleiben, dann würde ich nämlich noch den nächsten Tagesordnungspunkt erledigen. Danach geht es in die Mittagspause. Bitte bleiben Sie so lange hier.

(Namentliche Abstimmung von 14.23 bis 14.26 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vor Aufruf des ersten Dringlichkeitsantrags gebe ich das Ergebnis der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmung betreffend Zustimmung gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes zu dem Entwurf einer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern auf Drucksache 16/15555 bekannt. Es betraf den Tagesordnungspunkt 6. Mit Ja haben 84, mit Nein 65 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit

hat der Landtag seine Zustimmung entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses auf Drucksache 16/17150 erteilt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

